

Europawahl – DKP wählen

JA

zum Europa
der Solidarität und
des Widerstands gegen die EU

NEIN

zum Europa
der Banken und Konzerne

Die DKP ist die linke Alternative für alle Menschen, die gegen eine neoliberale, militaristische und undemokratische EU sind und ein solidarisches und demokratisches Europa wollen.

**Diskussion
mit Patrik Köbele
Vorsitzender der DKP**

**Montag, 24. März 2014, 20 Uhr
VEB Politik, Kunst und Unterhaltung
Marienborner Straße 16, Siegen**

Im Mai 2014 sind die Menschen in der EU zur Wahl aufgerufen. Bei der Gründung der EU haben die Herrschenden in Europa und Deutschland Wohlstand und Frieden für alle versprochen. Spätestens mit der Ausweitung der Krise auf eine Reihe von EU-Staaten ist diese Propaganda in sich zusammengebrochen wie ein Kartenhaus:

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU

★ Seit 2008 ist die Erwerbslosenzahl in der EU um 10 Millionen angestiegen, die Zahl der prekär Beschäftigten nimmt weiter zu. Die Armut wächst selbst in den Hauptländern des Kapitals. Dies ist u.a. das Ergebnis des 2011 eingeführten Fiskalpaktes, der die ökonomisch schwächeren EU-Mitglieder unter das Diktat der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank zwingt und entmündigt. Wo Arbeiter, andere Werktätige und Erwerbslose gegen die sozialen Angriffe der EU-Troika und der eigenen Regierungen Widerstand leisten, setzen die Herrschenden demokratische Rechte außer Kraft und antworten mit Polizeigewalt.

★ Führende imperialistische EU-Länder wie Frankreich und Großbritannien setzen auf Kriegseinsätze, um im Nahen und Mittleren Osten sowie verstärkt in Afrika ihre geostrategischen Interessen und den Zugriff auf Rohstoffe abzusichern.

NEIN zum Europa der Banken und Konzerne

Die Bundesregierung der großen Koalition leistet ihren Beitrag zu dieser Kriegspolitik durch Waffenexporte oder den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, Mali und Zentralafrika und vor den Küsten des Libanon und Somalias.

★ In verschiedenen EU-Ländern gewinnen neofaschistische und reaktionäre Parteien und Organisationen mit ihrer menschenverachtenden Politik massiv an Einfluss. Mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie lenken sie gezielt von der Verantwortung ab, die die Herrschenden in der EU und den jeweiligen Ländern für Armut und Verelendung haben.

★ Die EU-Agentur Frontex trägt die unmittelbare Verantwortung dafür, dass das Mittelmeer für Flüchtlinge zu einem Massengrab geworden ist. Gleichzeitig sind es die EU-Länder und ihre Konzerne, die den afrikanischen Kontinent ausbeuten, Stellvertreterkriege anzetteln oder selbst zur Kriegspartei werden. Hierzulande werden die politischen Eliten nicht müde, das „Wirtschaftswunder Deutschland“ zu beschwören. Die Realität sieht aber auch hier anders aus:

- ★ **Fast ein Drittel aller ALG-II-Bezieher sind erwerbstätig – können also von ihrer Arbeit nicht leben.**
- ★ **Über eine Million Beschäftigte sind Leiharbeiter, die zum Großteil weit unter Durchschnitt verdienen.**
- ★ **1,5 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss.**
- ★ **Das Lohnniveau ist in den letzten 15 Jahren real gesunken.**

★ Mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ und dem Fiskalpakt werden kommunale Ausgaben für Bildung, Wohnen, ÖPNV und Kultur zusammengestrichen. Das alles ist Klassenkampf von oben gegen die Lohnabhängigen in Europa. Die DKP benennt die Hauptprofiteure der Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Lohnabhängigen hier und in der EU: die großen Banken und Konzerne. Vor allem die deutschen sind Hauptnutznießer dieser Politik. Die DKP bezieht Position: GEGEN ein Europa der Banken und Konzerne – für ein Europa der Solidarität und des Widerstands.

Wählt die DKP!

Aber vor allem: Wählt des Weg des Widerstandes ...

- ... **gegen Lohndumping – für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro – ohne Ausnahme!**
- ... **gegen Entlassungen und steigende Arbeitslosigkeit**
- ... **gegen Rentenkürzungen – für eine Wiederabsenkung des regulären Renteneintrittalters auf 65 Jahre!**
- ... **gegen Hartz-IV-Gesetze und die Ausweitung des Niedriglohnsektors – für ein Verbot von Leih- und Zeitarbeit**
- **für eine gesetzliche 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**